



uniterre

DIE UNABHÄNGIGE BÄUERLICHE ZEITUNG

24. September 2017: Und jetzt?

Der Verfassungsartikel zur Ernährungssicherheit wurde vom Stimmvolk mit einem rekordverdächtigen Resultat angenommen – entsprechend den Erwartungen. Wir dürfen uns freuen, dass die Schweizer Bevölkerung die Landwirtschaft so eindeutig unterstützt und JA gestimmt hat, wie es von den vielen, idyllischen Strohgebilden neben den Bauernhöfen empfohlen wurde. Auch wenn die Landwirtschaft aus verschiedenen Gründen oft kritisiert wird, so wurden an diesem Tag doch alle Zweifel aus dem Weg geräumt, um einem deutlichen Ausdruck von Vertrauen Platz zu machen.

Was heute bleibt, sind viele Aufgaben, die es zu lösen gilt. Sogar die Initianten selber und auch Johann Schneider-Ammann sind der Meinung, dass der Verfassungsartikel an sich nicht viel an der Situation ändern wird. Trotzdem, die Landwirtschaft steht an einem Scheideweg – und wir schauen zu. Wird sie unsere Erwartungen erfüllen? Was wird der Bundesrat entscheiden? Gibt es Unterstützung für die Bauernfamilien? Welche Art Landwirtschaft wird bevorzugt? Kann das Abstimmungsresultat garantieren, dass uns eine vielfältige Landwirtschaft erhalten bleibt? Was wird konkret getan, um die Bauernhöfe zu retten, oder sogar ihre Anzahl wieder zu steigern? Welche Akteure der Ernährungskette werden priorisiert? In einem ersten Schritt geht es darum, diese Erwartungen zu ordnen, um festzustellen, welche grundlegend sind und welche erfüllt werden können.

Das ist nicht leicht: Die Bäuerinnen und Bauern erleben ganz unterschiedliche Alltags, abhängig von der Art ihres Bauernhofes, der Betriebsgrösse, des familiären Umfelds.



Landwirtschaft tut sich schwer mit Formvorgaben. Dennoch ist es wichtig, dass sich über gewisse Punkte alle einig sind: Als Wirtschaftsbranche muss die Landwirtschaft gewährleisten können, dass alle betroffenen Personen anständig leben können. Wir wissen, dass dies nicht der Fall ist, aber wir sind dennoch überzeugt, dass es möglich ist.

Aus Sicht der Konsumenten ist es nicht einfacher. Die Forderungen unserer MitbürgerInnen sind legitim, aber unzählig. Wollen wir allen ökologischen, geschmacklichen und preislichen Forderungen entsprechen, sowie allen Forderungen um Nähe, Diversität, Zugänglichkeit usw., wird es ein gefährliches Unterfangen – aber diese Versprechen wurden in der Kampagne gemacht, und zwar von den Unterstützern des Gegenprojektes. Wer diese Versprechen erfüllen will, braucht politische Courage, sowie den Willen, ein robustes Ernährungssystem aufzubauen.

Die Initiative für Ernährungssouveränität wird es uns ermöglichen, grundlegende Fra-

gen zu besprechen und innovative Systeme einzuführen. Pilotprojekte, welche den Weg hin zu einer gerechteren, wertschätzenden, diversifizierten und verantwortlichen Gesellschaft ebnen werden. Wer sich im September in den sozialen Medien umgehört hat, konnte feststellen, dass die Wünsche der Konsumenten die Ziele des Gegenprojektes bei Weitem übertreffen: Die Unzufriedenheit greift um sich, es gab zu viele Lebensmittelskandale; gegenüber benachbarten Bauernfamilien gibt es eine starke, emotionale Zuwendung; der Wunsch wächst, direkt bei den Produzenten einzukaufen; landwirtschaftliche «Fabriken» werden grossmehrheitlich abgelehnt, sie bieten keine Sicherheit; GVO werden auch stark abgelehnt... Alle diese Argumente finden sich in der Initiative von Uniterre wieder. Es stellt sich die Frage: Wie viel ist das Stimmvolk dem Bundesprogramm voraus?

Vanessa Renfer und Michelle Zufferey



Demo
Mobilisierung
gegen WTO

Seite 2



Palmöl
Interview
Paul Ecoffey

Seite 3



Uniterre
Lancierung der
Milchpetition

Seiten 4-5



International
UNO akzeptiert
Bauernrechte

Seite 5

DEMO

Mobilisierung gegen WTO und die Freihandelsabkommen

Vom 10. bis 13. Dezember findet in Buenos Aires in Argentinien die WTO-Ministerkonferenz statt. Via Campesina und die sozialen Bewegungen rufen zu einer weltweiten Aktionswoche (8.-15. Dezember) gegen WTO und Freihandelsabkommen auf.



Seit Januar hat die Schweiz Verhandlungen mit dem MERCOSUR (gemeinsamer Markt Lateinamerikas) zwecks Abschluss eines Freihandelsvertrages aufgenommen. Unter den beteiligten Ländern finden sich Brasilien und Argentinien, Schwergewichte der exportorientierten Agrarindustrie. Ein solcher Vertrag hätte gravierende Folgen für die einheimische Nahrungsmittelproduktion. Dem Bundesrat sind jedoch alle Mittel Recht um seinen Plan der Deregulierung der Märkte voranzutreiben. Dabei verletzt er eigene Aussagen, geht über unterzeichnete Verträge hinweg und ignoriert den Willen der Bevölkerung welche erst gerade mit einer grossen Mehrheit

für die Ernährungssicherheit gestimmt hat. Dies obwohl der Weltagrарbericht, welcher die Schweiz unterzeichnet hat, unmissverständlich darlegt, dass uns die industrielle Landwirtschaft in eine Sackgasse treibt und die Ernährungssicherheit nicht garantieren kann.

Der Widerstand wächst

So stösst der Freihandelsvertrag mit Malaysia auf die breite Ablehnung von Palmölimporten, welche die einheimische Raps- und Sonnenblumenölproduktion bedroht. Ende Oktober wurde vom Parlament das im Auftrag des Bundesrates unglaublich weit gefasste WTO-Verhandlungsmandat des SECO zurückgestutzt. Mit diesem Mandat hätten die Verhandler ein Drittel der Direktzahlungen als handelsverzerrende Massnahmen in die Schalen legen können. Dazu hätten Basisprämien, Zahlungen für Ackerbauflächen, für ausdauernde Kulturen, Nichtsilierung- und Verkäsungszulagen, sowie Prämien für Spezialkulturen gehört. Ein Schlachtungsmandat für die Schweizer Landwirtschaft! Es ist klar, dass die Verwaltung nur unter grossem politischem Druck zurückkriecht. Der religiöse Freihandelseifer des Bundesrates kommt auch in der Gesamtschau zur Agrarpolitik, welche anfangs November veröffentlicht wurde, zu Ausdruck. Dieser Bericht verlangt eine Beschleunigung des Strukturwandels, sprich der Zerstörung bäuerlicher Landwirtschaft! In diesem Zusammenhang stimmt auch das Positi-

onspapier der Agrarallianz «Agro Forte 2022» in dem im Namen der Nachhaltigkeit einer weiteren Grenzöffnung das Wort gesprochen wird, sehr nachdenklich!

Eine Variable der multinationalen Konzerne

Währenddessen bilden sich jenseits unserer Grenzen breite Bürgerbündnisse zwischen Bauern und Bäuerinnen, Umweltschutzorganisationen, Konsumentenschutzorganisationen und Gewerkschaften, welche gemeinsam gegen Freihandel und Industrialisierung der Ernährungssysteme und für faire und nachhaltige Rahmenbedingungen des Marktes kämpfen! Auch in der Schweiz müssen diese Stimmen wachsen und Verbindungen zwischen unzähligen lokalen und regionalen Projekten und den Beschlüssen auf Bundesebene gezogen werden. Im Namen ungezügelter Wettbewerbsfähigkeit will der Bundesrat den Markt noch weiter deregulieren. Doch diese globalisierten Märkte zerstören schon heute die lokalen Märkte, die Land- und Stadtbevölkerungen, die Tiere, die Biodiversität, die natürlichen Ressourcen und das Klima werden zu Anpassungsvariablen «Bremsen» für die Plünderungen multinationaler Unternehmen und die Konstrukte der Finanzwirtschaft.

Freihandelsverträge untergraben die Souveränität

Seit ihrer Gründung im Jahr 1995 will die WTO die Liberalisierung der

nationalen Märkte auf Kosten der Souveränität verallgemeinern. Die multinationalen Unternehmen brauchen dabei die Komplizenschaft der Regierungen, um die Demokratie und das institutionelle Fachwerk, welche das Leben, die Länder, die Öko- Ernährungs- und Landwirtschaftssysteme der Völker der Welt schützen, abzubauen. Es geht dabei nicht nur um das Ernährungssystem, sondern auch um die Dienstleistungen und die öffentlichen Güter. Seit 20 Jahren leisten die Völker Widerstand gegen die Vermarktung des Lebens, angefangen mit dem Ernährungssystem. Unsere Kämpfe haben die Ausdehnung dieser Organisation stark eingeschränkt.

Wir fordern, dass die Landwirtschaft aus allen Freihandels- und WTO-Verhandlungen ausgeschlossen wird!

NEIN ZUR WTO! NEIN ZU DEN FREIHANDELSVERTRÄGEN!

NEIN ZU VERTRÄGEN ÜBER DIE DIENSTLEISTUNGEN!

FÜR DIE ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT DER VÖLKER!

GLOBALISIERT DEN KAMPF! GLOBALISIERT DIE HOFFNUNG!

**INTERNATIONALE DEMONSTRATION
Genf, 9. Dezember
14h, Place Neuve**

Rudi Berli

NATIONAL

Gesamtschau zur Agrarpolitik:

Presseerklärung Uniterre und Allianz für Ernährungssouveränität vom 3. November 2017

Die Bäuerinnen- und Bauerngewerkschaft Uniterre sowie die Allianz für Ernährungssouveränität haben die Äusserungen des Bundesrates Johann Schneider-Ammann vom 1. November zur Agrarpolitik 22+ mit grösster Besorgnis verfolgt. Während der Kampagne zur Ernährungssicherheit haben wir vorausgesagt, dass ein Risiko zunehmender Freihandelsabkommen besteht. Das hat sich nun bestätigt. Es ist daher umso wichtiger, sich für die Ernährungssouveränität zu engagieren, die sich für einen gerechten Markt mit Respekt unter den Akteuren sowie eine faire Verteilung der Wertschöpfung einsetzt.

Die ewiggestrige Litanei des Bundesrates von Grenzöffnung, Wettbewerb und Innovationskraft hat dazu geführt, dass täglich 2-3 Betriebe ihre Tore schliessen, die Produzentenpreise in den letzten 30

Jahren um 30% abgenommen haben und in der Schweiz nur 7% des Einkommens für Lebensmittel ausgegeben werden. Diese Entwicklung befeuert die immense Marktkonzentration in den Händen von wenigen nationalen und globalen Konzernen. Diese befördern mit ihrer Marktmacht die Zerstörung der bäuerlichen Landwirtschaft mit den bekannten Folgen von Industrialisierung, Ressourcenverschleiss, Klimawandel, Verlust der Vielfalt und Biodiversität (siehe Weltagrарbericht 2008).

Die widersprüchlichen Äusserungen des Bundesrates helfen weder den Bäuerinnen und Bauern, sondern dienen der Bekämpfung dieser. Die gleichzeitige Marktöffnung soll via zusätzliche Mittel abgedeckt werden. Dies zwingt die Bäuerinnen und Bauern in noch grössere Abhängigkeit des Staates

und steht im Widerspruch zu dem vom Bundesrat geforderten Unternehmertum. Unsinn wird auch bei stetiger Wiederholung nicht besser! Wir fordern, dass die Landwirtschaft konsequent von den Freihandelsabkommen ausgenommen wird. Pierre-André Tombez, Präsident der Allianz für Ernährungssouveränität meint dazu: «Wir gehören weltweit zu einer Handvoll Länder die am meisten Lebensmittel importieren. Die Ausgestaltung von einem lokalen sowie international fairen Markt, wie sie unsere Initiative für Ernährungssouveränität vorschlägt, ist die Lösung, um Freihandelsabkommen zu stoppen.»

Die Verteidigung der vielfältigen bäuerlichen Landwirtschaft und eines wirksamen Grenzschutzes, sowie die Demokratisierung der Ernährungssys-

teme, sind unabdingbar für den Erhalt der Landwirtschaft und eine gesunde Ernährung. Ulrike Minkner, Bio-Bäuerin und Vizepräsidentin der Allianz für Ernährungssouveränität hält fest: «Unsere Vision einer Landwirtschaft, die sozial gerecht und ökologisch nachhaltige Lebensmittel erzeugt, findet Widerhall in unserer täglichen Praxis als Bäuerinnen und Bauern sowie in der Initiative für Ernährungssouveränität.»

Die Allianz für Ernährungssouveränität wurde im September 2016 gegründet und ist Trägerin der Initiative für Ernährungssouveränität. Unter ihrem Dach versammeln sich rund 250 Einzelpersonen und Organisationen aus landwirtschaftlichen, kirchlichen und sozialen Bewegungen. Die Vorlage kommt voraussichtlich im Herbst 2018 zur Abstimmung.

NATIONAL

Palmöl ist ein Ärgernis – auf mehreren Ebenen

Interview mit Paul Ecoffey, Milchproduzent für Gruyère und Vacherin, 50 Milchkühe in Rueyres-Treyfayes, Kanton Freiburg.



Palmöl ist ein Thema, das Dich stark beschäftigt. Kannst Du mir mehr darüber sagen?

Heute werden jedes Jahr 30-40 000 t Palmöl importiert, davon landen rund 5 000 t im Kraftfutter (für Kühe, Schweine, Geflügel usw.). Ich finde das inakzeptabel, weil wir in der Schweiz andere Nährstoffe haben, die als Kraftfutter gebraucht werden können. Sie sind sowohl besser für die Umwelt als auch für den Nährwert.

Was mich besonders ärgert, ist, dass eines dieser Unternehmen – es besitzt heute 189 000 ha Palmölkulturen – seinen Sitz teils im Kanton Freiburg hat, also mein Nachbar, sozusagen! Dieses Unternehmen heisst SOCFIN. Es ist ein belgisch-luxemburgischer Konzern. Was macht dieser Konzern überhaupt in der Schweiz? Eine weitere Geschichte über Steuervergünstigungen...

Wann hast Du begonnen, Dich für das Thema Palmöl zu interessieren?

2006 und ursprünglich wegen eines anderen Themas: In dem Jahr hatten wir zu viel Butter, welche dann zu Dumpingpreisen auf den Weltmarkt exportiert wurde. Und wer hat dafür bezahlt? Die Bäuerinnen und Bauern! Wie ist das möglich? Die Organisation Schweizer Milchproduzenten (SMP) erhebt ein paar Rappen pro Liter produzierter Milch, um das zu finanzieren, was sie «Marktentlastung» nennt. Pro Jahr kommen so Millionen zusammen, damit unser Butter billig ins Ausland verschertelt werden kann.

Ich habe das 2006 an den Hauptversammlungen der Branchenorganisation Gruyère und des Freiburgischen Milchverbandes bemängelt. Übrigens ohne Reaktion. Danach habe ich mit einigen Bekannten aus der Politik gesprochen, damit das Dossier weiter oben besprochen wird. Es gelangte in die Hände von Herrn De Buman, damals Nationalrat. Er hat dann für die CVP eine Motion eingereicht mit der Forderung, den Import von Palmöl zu besteuern. Gleichzeitig hat auch Jean-François Rime im Namen der SVP eine ähnliche Motion eingereicht.

Und die Antwort auf diese Motionen?

Der Nationalrat hat Ausflüchte gemacht, man könne keinen Zuschlag auf Palmöl verlangen... Im Gegenzug wurde aber verlangt, dass Palmöl auf der Etikettklar deklariert wird, nicht mehr mit «Pflanzenöl», sondern mit «Palmöl». Leider müssen wir feststellen, dass diese Forderung noch immer nicht umgesetzt wird, allzu oft steht auf den Etiketten nur «Pflanzenöl» oder «pflanzliche Fette». Ich hätte nie geglaubt, dass ich dieses Übel nach 10 Jahren erneut bemängeln muss – diesmal im Tierfutter!

Ich möchte auf einen Punkt zurückkommen, den ich nicht verstehe. Wie kommt es, dass Palmöl überhaupt ins Tierfutter gemischt wird? War das vorher nicht der Fall?

Das ist eine Folge der GMF (Graslandbasierte Milch- und Fleischproduktion), ein Beitrag, der im Talgebiet die Fütterung von Raufutter fördern soll (90 % Grundfutter, davon 75 % Gras, Wiesen, Weiden, Zwischenfrüchte). Dieser Beitrag beträgt 200 Fr. pro Hektar Grünlandfläche. Die Massnahme an sich ist interessant, aber sie bewirkt einen Kollateralschaden: Wer die Massnahme einhalten will, muss die Fütterung von Kraftfutter beschränken und also einen Weg finden, damit das Futter immer noch gleichviel Energie zuführt. Dazu gibt es zwei Lösungen, entweder fügt man der Futtermischung Alikon® hinzu, oder aber Propylenglykol, also eine Vorstufe von Traubenzucker, damit die Kühe keine Ketose (Stoffwechselstörung) entwickeln. Das ganze hat nur einen Haken: Es ist teuer! Und hier kommt die billigste Lösung für dieses Dilemma: Palmöl. Voilà!

Der SBV hat am 1. Juni ein Pressecommuniqué veröffentlicht, welches diese Praxis anprangert – ich zitiere: «Schweizer Bauern wollen kein Palmöl im Tierfutter!». Das ist doch gut, oder nicht?

Ja, es ist ein erster Schritt. Das Problem dabei ist, dass der SBV (Schweizerischer Bauernverband) damit die Futterproduzenten anvisiert, konkret die FENACO, welche der grösste Importeur von Kraftfutter in der Schweiz ist. Es ist natürlich gerechtfertigt, die FENACO anzuprangern, aber auch sie ist nur bedingt verantwortlich. Was falsch läuft, ist das System, welches so etwas ermöglicht. Die GMF wurde vom BLW umgesetzt und der SBV war einverstanden!

Ich frage mich immer wieder, wie das BLW eine solche Praxis gutheissen kann – oder der Export von Butter... Die Antwort braucht man nicht lange zu suchen.

Es scheint aber, dass sich die SMP seit den Protesten bewegt hat. Am 24. August 2017 hat die SMP in einer Medienmitteilung verkündet, «Palmfett aus dem Schweizer Milchviehfutter vollständig zu eliminieren (...) bis Ende Jahr (...) und durch Rapsöl zu ersetzen». Ist das positiv zu werten?

Ja, aber warum soll das für Tierfutter möglich sein und für unser Essen nicht? Die Kühe erhalten das Recht, dieses schädliche Fett aus ihrem Futter zu eliminieren, aber die Menschen sind immer noch umzingelt. Nach dieser Logik werden unsere Tiere besser ernährt, als wir selber. Ist diese Logik nicht lückenhaft?

Derzeit wird im Bundesrat über die Möglichkeit eines Freihandelsabkommens mit Malaysia diskutiert. Ein Abkommen, bei dem eine Bedingung für Malaysia ist, dass das Land Palmöl in die Schweiz exportieren kann.

Wenn dieses Abkommen zustande kommt, wird die Produktion von Rapsöl in der Schweiz ernstlich gefährdet sein. Man muss wieder fragen, warum unsere Politiker den Import von Palmöl bevorzugen, das unter solch inakzeptablen sozialen und ökologischen Bedingungen hergestellt wird, und wo die grundlegendsten Menschenrechte nicht respektiert werden – wo wir doch in der Schweiz Rapsöl herstellen, das auch noch viel besser schmeckt...

Schliesslich freue ich mich bereits, wie nach der Abstimmung zur Ernährungssicherheit vom 24. September 2017 der Wille des Stimmvolkes umgesetzt wird, denn eigentlich sollte uns dies helfen, die einheimische Rapsproduktion zu retten. Insbesondere der Absatz über die «grenzüberschreitenden Handelsbeziehungen, die zur nachhaltigen Land- und Ernährungswirtschaft beitragen» ist sehr klar. Ich glaube, der Importe von Palmöl, dessen Produktion weder Mensch noch Umwelt respektiert, fällt nicht unter «nachhaltig».

Was ist denn Dein Vorschlag, Paul?

Wir brauchen richtige Gesetze. Es ist wichtig, dass sich der SBV für die ProduzentInnen einsetzt, für die Schweizer Milchproduktion und gegen den Export von Butter zu Dumpingpreisen, weil wir unsere Lager nicht leeren können. Er soll sich gegen das Freihandelsabkommens mit Malaysia wehren, ungeachtet der Verluste, die uns vorgespiegelt werden.

Warum nicht jedes Jahr in den Läden eine symbolische Aktion durchführen und in den Erzeugnissen die gute Butter aus der Schweiz hervorheben, um das Palmöl zu ersetzen? Wir könnten ausserdem zwei Motionen einbringen; eine, damit die Verwendung von Palmöl besteuert wird und eine, um ein Label «Produkt ohne Palmöl» zu bilden und einen preislichen Unterschied herzustellen.

Interview geführt von Berthe Darras

Aufruf unterschreiben:
www.sehen-und-handeln.ch/stopp-landraub/

UNITERRE

Das war gut!

Auf Ansinnen der Sektion Aargau wurde am 14. November ein Deutschschweizer Uniterre-Treffen einberufen.

Genau 16 Personen aus den verschiedenen Sektionen sowie InteressentInnen aus Luzern und Graubünden nahmen am Treffen im Bioland Olten teil. «Eine gute Mischung aus Jung und Alt», wie Vize-Präsidentin Ulrike Minkner feststellte. Sie trug einen kurzen Abriss der Geschichte von Uniterre vor. Nahtlos ging es weiter mit der Initiative für Ernährungssouveränität meinerseits, sowie der Vorstellung der Milchpetition durch Berthe Darras. Grosse Diskussion entstand über die verschiedenen

Herausforderungen bei Uniterre (Finanzen, Sprachbarrieren, Informationsfluss etc.). Georg Dällenbach, Sektionspräsident der Sektion Aargau, trug Lösungsvorschläge vor, die allesamt gutgeheissen wurden. Die Diskussion um unsere Strategie und Prioritäten sowie die gemeinsame Vision werden Thema an der nächsten Sitzung vom 10. Januar, 19.30 Uhr im Bioland Olten sein. Alle InteressentInnen sind herzlich Willkommen!

Mathias Stalder



UNITERRE - MILCH

Es geht los! Die Lancierung der Milchpetition: «1 Fr./Liter für Milchbäuerinnen und Milchbauern damit endlich anständig leben können!»

Knapp 10 Jahre sind seit dem Milchstreik vergangen. Wo stehen wir heute? Nun, leider müssen wir feststellen, dass sich seither nichts getan hat und ist immer noch schändlich tief!

Die Sendung vom 25. Oktober auf RTS1 «Les coulisses de l'événement: Lait amer et révolte paysanne» zeigt deutlich, wie wichtig es schon seit mehreren Jahrzehnten ist, dass wir uns wehren. Die Sendung ist absolut empfehlenswert: Da erfahren wir zum Beispiel, dass der Produzentenpreis dank dem Streik im 2009 um 6 Rp./kg erhöht wurde. Nur – kaum sechs Monate später wurde er schon wieder um 9 Rp./kg gesenkt. Wie ist das möglich?

Nun, es ist möglich, weil die Branchenorganisation Milch – sie wurde gegründet, um die Interessen der Milchproduzenten zu vertreten – den Grossverteilern nicht gewachsen ist. Und

es ist möglich, weil der Bund befindet, es gäbe wichtigere Interessen zu wahren, als diejenigen der Produzenten. Aber, sehr geehrte Damen und Herren aus der Politik, auch Produzentinnen und Produzenten sind Schweizer Bürgerinnen und Bürger und sollten vertreten werden, ganz so wie die Industrie, die Grossverteiler, der Wirtschaftsliberalismus...

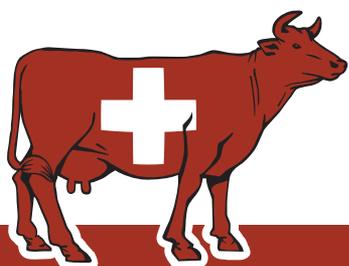
Gerade unsere Grossverteiler verhöhnern die Konsumentinnen und Konsumenten mit irreführenden Werbungen: Hier eine faire Milch (Aldi), dort eine Fairness für Bauern (Denner)... und das letzte Baby von Coop: 3 Rp. mehr für die Produzentinnen und Produzenten – und einen

Preisanstieg von 5 Rp. mehr für Konsumentinnen und Konsumenten nur wenige Wochen später. Nachdem in der Coopzeitung schwarz auf weiss stand, dass die Erhöhung der Produzentenpreise nicht auf die Konsumenten abgeschoben werde. Das aktuelle Motto lautet offenbar: «Lügen».

Was bleibt für uns? Für uns Bäuerinnen, uns Bauern, uns Konsumentinnen und Konsumenten, uns Bürgerinnen und Bürger dieses Landes? Wir haben jetzt die Gelegenheit, unseren Verarbeitern und politischen Vertretern zu sagen, dass die Bauern genügend ausgelaugt sind. Es reicht jetzt. Wir wollen nicht mehr zusehen, wie ein Betrieb nach dem anderen verschwindet, Tag um Tag.

Wir wollen in der Zukunft Milchprodukte einkaufen, die nicht sonst irgendwo importiert werden, sondern in der Milchbranche gezeugt werden, denn die Verbraucherinnen und Verbraucher sind sich bereits überall bewusst.

Deshalb hat Uniterre bei den Hörnern zu packen und zu lancieren, zusammen mit den Konsumentinnen und Konsumenten (s.u.). Mit Ihrer Unterstützung bei der Verbreitung dieses Kampfes.



1.-/Liter für die Bauern

Das ist der faire Preis!
www.uniterre.ch

Aktionen zu dieser Milchpetition:

Um die Petition zu fördern, lancieren wir parallel mehrere Aktionen:

Do, 23. November. Mobilisationstag mit einem 1. Treffpunkt um 10 Uhr auf dem Waisenhausplatz in Bern, gefolgt von einer «hausgemachten» Nachspeise (Rezeptgeheimnis Uniterre).

Kommt - wir brauchen viele Leute!

Sa, 2. Dezember, an einem Verkaufspunkt in eurem Kanton, **Tag der «Ausstattung» mit den Aufklebern**, die der Zeitung beiliegen. Verkaufspunkte, Zeitpunkt etc. wird in jedem Kanton festgelegt.

Wenn ihr am 2. Dez nicht dabei sein könnt, ihr uns aber unterstützen wollt, bewahrt die **Aufkleber** auf und klebt sie bei nächster Gelegenheit bei einem Einkauf selber **auf Milchtüten**.

Sa. 9. Dezember, Standaktionen in jedem Kanton, um für die **Milchpetition Unterschriften zu sammeln**, wenn möglich kombiniert mit Direktverkauf von Milch.

Stand machen, Unterschriftensammlung oder für die Bestellung für Petitionsbögen oder Aufkleber:
Berthe Darras 079 904 63 74 b.darras@uniterre.ch

**VIELEN DANK FÜR EURE UNTERSTÜTZUNG!
OHNE EUCH GÄBE ES DIESEN KAMPF NICHT!**

Milchpetitionstext:

Heute:

- ... deckt der Produzentenpreis für Molkereimilch NICHT EINMAL DIE HÄLFTE der Produktionskosten
- ... ist es nicht mehr akzeptierbar, dass ein Milchbetrieb nach dem andern VERSCHWINDET
- ... ist es NICHT MEHR ANNEHMBAR, dass der Bund diese Politik zulässt...
- ... ist die Situation KATASTROPHAL und führt nur allzu oft zu einer Verarmung der Bäuerinnen und Bauern

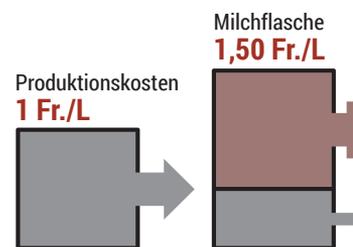
Wir KONSUMENTINNEN und KONSUMENTEN unterstützen diese Petition und sagen STOP, es reicht jetzt!

Die Petition wird dem Minister für Landwirtschaft, Johann Schneider-Ammann, sowie dem Parlament überreicht, damit sie endlich ihre Verantwortung wahrnehmen und für die Einhaltung von Artikel 37 des Landwirtschaftsgesetzes* sorgen.

Warum diese Petition?

Der Milchpreis ist seit Jahren stark am sinken und deckt die Produktionskosten bei Weitem nicht. Die Produzentinnen und Produzenten von Molkereimilch im Durchschnitt zwischen 50 und 55 Rp. pro Liter, während sich die Produktionskosten auf rund 1 Fr. pro Liter belaufen. So zerrinnt den Bäuerinnen und Bauern das Geld zwischen den Fingern! Aufgrund dieser misslichen Situation müssen viele Milchbetriebe aufgeben. Vor 20 Jahren gab es in der Schweiz 44'360 Milchproduzentinnen und -produzenten, 2016 waren es nur noch 20'987. In diesen 20 Jahren ist der Konsumentenpreis für Milch um 10% gesunken, während der Produzentenpreis um 50% fiel.

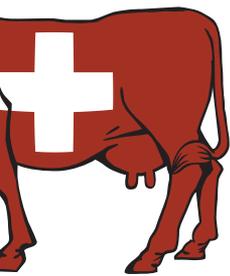
Wenn unsere Landwirtschaft von Dauer sein soll, müssen wir rasch handeln. Wir fordern eine besser Verteilung der Wertschöpfung entlang der Produktionskette, ausserdem müssen die Verkaufspreise aufgewertet werden: Die rund 1.50 Fr., die wir heute im Laden für eine Milchflasche bezahlen, sind viel zu wenig, als dass die Produzentinnen und Produzenten davon leben könnten, damit Verarbeiter und Verteiler ihre Margen senken und den Bäuerinnen und Bauern ihre Milch zu einem fairen Preis damit sie davon leben können.



* Landwirtschaftsgesetz

Art. 5 Einkommen ¹ Mit den Massnahmen dieses Gesetzes wird angestrebt, dass nachhaltig wirtschaftende Milchbetriebe im Durchschnitt mehrerer Jahre Einkommen erzielen können, die mit den Einkommen der übrigen Betriebe in der Region vergleichbar sind. ² Sinken die Einkommen wesentlich unter das vergleichbare Niveau, so ergreifen die Kantone Massnahmen zur Verbesserung der Einkommenssituation.

Art. 37 ¹ Die Ausarbeitung eines Standardvertrags für den Kauf und den Verkauf von Rohmilch ist Sache der Kantone. Die Regelungen im Standardvertrag dürfen den Wettbewerb nicht erheblich beeinträchtigen. Die Mengenfestlegung bleibt in jedem Fall in der Kompetenz der Vertragspartner. ² Ein Standardvertrag im Sinne dieses Artikels enthält die Bestimmungen über die Dauer des Vertrags, die Preis- und Zahlungsmodalitäten und die Zahlungsmodalitäten enthält.



t sie

«Das Vorgehen macht nur Sinn, wenn das ganze System hinterfragt wird.»

Gespräch mit Jérémie Forney, Dozent am Ethnologischen Institut der Universität Neuenburg.

Welche Momente ihrer Laufbahn haben sie zur Landwirtschaft geführt?

Ich bin kein Bauernsohn, aber ich habe trotzdem eine starke Verbindung zur Landwirtschaft, weil ich auf dem Land aufgewachsen bin und meine Schwiegereltern Landwirte sind. In beruflicher Hinsicht war es mein Dissertationsbetreuer, der mir 2000-2001 vorgeschlagen hat, meine Arbeit den Problemen der Bauern zu widmen. Konkret ging es darum, herauszufinden, wie sich die Bauernfamilien an die Veränderungen anpassen, die ihnen aufgezwungen werden. Die Thematik war sehr aktuell, mitten in der Umwälzung der Agrarpolitik (Abstimmung von 1997 zum Landwirtschaftsgesetz). Durch meine Forschungen habe ich Verbindungen hergestellt zwischen dem, was hier in den Regionen und in den Bauernfamilien passiert, und dem, was auf globaler Ebene mit den Richtlinien der WTO geschieht. Man stellt schnell fest, dass die Landwirtschaft nur ein Rädchen im viel komplexeren System der Nahrungsmittelproduktion ist. Ein spannendes Thema. Unter den Studierenden interessieren sich viele dafür, weil es auch in andere Bereiche übergreift, wie die Gesundheit oder den Umweltschutz. Die Studierenden organisieren regelmässig Themenabende zu solchen Fragen.

Wie sehen Sie die aktuelle Situation der Landwirtschaft in der Schweiz?

Ich möchte zuerst klarstellen, dass ein «Durchschnitts-»Bild bei weitem nicht ausreichend wäre, um den ganzen Sektor zu beschreiben. Es ist sehr unterschiedlich, manchen geht es gut, das muss man auch sagen, für andere ist die Situation extrem schlecht.

Derzeit sehe ich vor allem zwei Hauptprobleme:

- Die Gegenüberstellung einer Marktlogik und einer Umweltlogik, das sind zwei Ziele, deren Koexistenz unwahrscheinlich ist. Zwischen der Notwendigkeit, Nahrungsmittel zu produzieren – der Beweggrund vieler Bauern – und der Notwendigkeit, die Umweltressourcen zu bewahren, kommt es zum Bruch.
- Auf der Marktseite besteht ein Paradox, weil in der Schweiz einerseits eine möglichst hohe Qualität angestrebt wird, während sich die Nahrungsmittelproduktion andererseits in einer Massenlogik bewegt, um möglichst grosse Mengen zu produzieren. So befindet man sich in einer unklaren Situation, wo ein Qualitätsprodukt, zum Beispiel der Gruyère AOP, eben sowohl ein tägliches Konsumgut,

als auch ein Massenprodukt ist, das von den Grossverteilern oft als Aktion verkauft wird, um die Konsumenten anzulocken.

Die Verwaltung und die Führung des Ernährungssystems, das wir heute kennen, konzentriert sich hauptsächlich auf die Bauern, die ja eigentlich nur ein Glied in der Kette sind, und das schafft Spannungen. Die Agrarpolitik hat nicht genügend Hebelwirkung, um zum Beispiel auf der Ebene der Industrie zu wirken, sie hat keine Mittel, um dort etwas zu bewirken und wahrscheinlich auch nicht den Willen dazu.

Labels sind Beispiele für mögliche Lösungen, denn sie stellen die Verbindung zwischen dem Produkt und dem Verkauf her. Indes gibt es derzeit eine Fülle an Labels, was wiederum dazu führt, dass sie nur schwer voneinander zu unterscheiden sind. In der Folge haben Labels die Tendenz, sich zur Norm zu entwickeln, das ist widersprüchlich. In diesem Kontext kann Vertragslandwirtschaft als nächster Schritt betrachtet werden, sie befindet sich eine Stufe über den Labels, wie wir sie heute kennen.

Was ist in diesem Kontext zu tun?

- Erfinderisch sein
- Nicht versuchen, die ganze Verantwortung auf die Konsumenten, respektive die Bauern zu schieben. Das hiesse, zu vergessen, dass es ein äusserst komplexes System ist, wo alle Beteiligten einen Teil der Verantwortung tragen und wo viel auf dem Spiel steht, denn Landwirtschaft und Ernährung betreffen auch das Gesundheitswesen und die Umwelt.

- Akzeptieren, dass sich die Landwirtschaft in einem Veränderungsprozess befindet. Die richtigen Fragen lauten: In welche Richtung soll es gehen? Und: Wie wird das Schiff gesteuert? Welchen Stellwert nehmen die Menschen ein? Mit welcher Lösung können die Bauern ihrer Arbeit einen Sinn abgewinnen? Welche Autonomie soll in diesem neuen System gewonnen werden?

Uniterre lanciert im November eine Petition, um 1 Fr. pro Liter Milch zu fordern. Was denken Sie über dieses Vorgehen?

Das kann man sehr kritisch betrachten und antworten, dass es gut gemeint ist, aber sowieso nichts bringt, vielleicht ein wenig Sensibilisierung, aber eine Petition hat kein rechtliches Gewicht, keine Verbindlichkeit. Vielleicht, wenn die Petition viele Unterschriften gewinnt, sagen wir knapp 100 000, so wie eine Volksinitiative; dann erhält sie ein gewisses symbolisches Gewicht.



Man kann es aber auch anders betrachten. Die Forderung nach 1 Fr. pro Liter, das ist so etwas, wie eine Nahrungs-Utopie. Nicht weil es unmöglich wäre, sondern weil es ein Gegenmodell darstellt und auf kleinster Ebene bereits existiert. Deshalb muss man sich fragen, ob es nicht zum allgemein gültigen Modell heranwachsen sollte.

Aufgrund Ihrer Erklärungen zur Komplexität des Ernährungssystems, ist es wohl zu kurz gegriffen, wenn wir nur über den Preis sprechen?

Ja, aber eben gerade aufgrund dieser Komplexität müsst Ihr ja irgendwo anfangen, um eine Änderung zu erreichen. Aber Ja, der Milchpreis ist ein grosses Problem und Ja, er müsste höher sein.

Eine mögliche Lösung könnte der Aufbau von regionalen Handelsprojekten mit dem Label Faire Milch sein.

Meiner Ansicht nach haben diese Projekte eine grosse Schwachstelle: Sie wirken nur auf die beiden Enden der Kette; hier sind die Konsumenten, die ein bisschen mehr bezahlen sollen, und dort die Bauern, die ein bisschen mehr verdienen sollen. Es ist ja so, dass es den meisten Menschen nichts ausmacht, wenn sie 40 oder 50 Rappen mehr bezahlen für ihre Milch und man könnte sich auch vorstellen, dass es einen Fonds gibt für Familien, die jeden Rappen umkehren müssen. Aber dieses Projekt hat absolut keinen Einfluss auf die anderen Akteure des Systems, sprich, die Verarbeiter und die Verteiler. Ein Vorgehen macht nur Sinn, wenn das ganze System hinterfragt wird. Wird es als DIE Lösung dargestellt, ist es nicht ehrlich, denn damit löst man nichts, es ist höchstens ein Trostpflaster. Wenn man faire Milch machen will, muss sich das ganze System bewegen.

Interview geführt von Vanessa Renfer

Der Produzentenpreis

Zukunft nicht Milch trinken essen, die aus Polen oder von importiert wurden. Und was in ist, gilt auch in allen anderen unsinnige Handelspraxis hat bereit gemacht.

re jetzt beschlossen, den Stier hacken und eine Milchpetition men mit einem erläuternden Unterschrift, mit Ihrer Hilfe g der Petition, können wir insam gewinnen!

Berthe Darras

Produktionskosten...
DET...

Bauernfamilien...

e Petition

en Bundesbehörden über-
l 5 und 37 des Landwirt-

em nicht. Heute erhalten
pro Liter Milch, während
d Bauern jeden Tag Geld

- Grossverteiler: ? cts
- Verarbeiter: ? cts
- Bauer/Bäuerin: 50 cts

en für einen Liter Milch
ten. Wir müssen handeln,
Milch anständig bezahlen,

d ökonomisch leistungsfähige
erwerbstätigen Bevölkerung
reift der Bundesrat befristete

Branchenorganisationen
n. Die Preis- und
e dieses Artikels ist ein
elungen über die Mengen, die

INTERNATIONAL

Der UNO-Menschenrechtsrat akzeptiert die Resolution zu den Bauernrechten.

Der UNO-Menschenrechtsrat akzeptiert die Resolution zu den Rechten der Bäuerinnen und Bauern und anderen, im ländlichen Raum arbeitenden Personen mit einer grossen Mehrheit.

Der Ratifizierungsprozess der UNO zur Deklaration über die Rechte der Bäuerinnen und Bauern und anderen, im ländlichen Raum arbeitenden Personen hat eine entscheidende Hürde genommen. Die Resolution zu dieser Deklaration wurde am 29. September von einer überwältigenden Mehrheit des UNO-Menschenrechtsrates angenommen.

Mit dieser Abstimmung (34 Stimmen dafür, 2 dagegen und 11 Enthaltungen) hat die zwischenstaatliche, offene Arbeitsgruppe das Mandat erhalten, den Text der Deklaration der Vereinten Nationen zu den Rechten der Bäuerinnen, Bauern und anderer, im ländlichen Raum arbeitenden Personen zu verhandeln, zu vervollständigen und bis im Juni 2018 zu unterbreiten.

Wachsende Unterstützung der Mitgliedsstaaten

Die wachsende Unterstützung für dieses Projekt ist äusserst erfreulich. Im Jahr 2012 waren noch 23 Staaten dafür, 2014 waren es bereits 29 und jetzt, im Jahr 2017, sind schon 34 Länder dafür!

(Siehe auch den Artikel von Uniterre vom 3. Juli 2014 zu diesem Thema.) Wir begrüssen das Engagement der zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe unter der Leitung von Bolivien und der exzellenten Zusammenarbeit mit der Zivilbevölkerung.

Die nächsten Etappen sind den Verhandlungen über den Inhalt der Deklaration und dem Lobbying gewidmet, damit der Text zunächst von den Mitgliedsstaaten des Menschenrechtsrates in Genf und anschliessend von der UNO-Vollversammlung in New York angenommen wird.

Die Arbeitsgruppe, La Via Campesina und ihre Partner stehen vor einer wichtigen Aufgabe, damit die Deklaration nächstes Jahr, nach über 10 Jahren Arbeit, offiziell von den Vereinten Staaten verabschiedet wird.

Die Deklaration

Die Deklaration soll der spezifischen Situation von Bäuerinnen und Bauern, Landarbeitenden, Landlosen, Fischerinnen und Fischern, Hirtinnen und Hirten sowie den Nomaden gerecht werden. Um dies zu erreichen, stützt sie sich auf bestehendes Recht (Erklärung der Menschenrechte,

der Frauenrechte, der indigenen Bevölkerung usw.) und passt sie an die Situation der ländlichen Gemeinschaften an. Sie empfiehlt ausserdem, Rechte einzuführen, um den neuen Gefahren vorzubeugen, denen ländliche Gemeinschaften zum Opfer fallen, so zum Beispiel dem Landgrabbing, der industriellen Entwaldung und der Schädigung des Bodens durch Erosion und den massiven Einsatz von Betriebsstoffen.

Konkrete Antworten auf diese Gefahren sind das Recht auf Land, auf Saatgut, auf Produktionsmittel, auf Ernährungssouveränität, auf Biodiversität, auf ein Einkommen und eine anständige Lebensqualität.

Eine Deklaration für alle

Diese Deklaration kommt allen zugute, sagt Olivier de Schutter. Hier eine Zusammenfassung seiner Erklärung:

«Eine klein strukturierte Landwirtschaft leistet der Gesellschaft zahlreiche Dienste, sie fördert die Biodiversität und gesunde Böden. Sie hat eine wirtschaftliche und vitale Rolle, nicht nur, weil sie uns ernährt, sondern auch, weil sie



die Grundlage für ganz viele Gewerbe, Geschäfte, Verarbeitungseinheiten und Restaurants bildet, dank denen ganze Regionen überleben. Eingebettet in einer lokalen Wirtschaft stellt die klein strukturierte Landwirtschaft der Bevölkerung frische und gesunde Produkte zur Verfügung, ohne Transporte über weite Distanzen.»

Des Weiteren entspricht die Deklaration den Millenniums-Entwicklungszielen und ist eine konkrete Lösung für die Entwicklung eines resilienten Ernährungssystems.

Die Deklaration öffnet Türen, stellt Instrumente zur Verfügung, ermöglicht die Entwicklung von Lösungen für den Bauernstand und für ländliche, lebendige, autonome und innovative Gemeinschaften.

Michelle Zufferey

Die Bedeutung der Erklärung für die Kleinbauern/Innen - Video:

www.uniterre.ch/de/uno17

INITIATIVE

Ernährungssouveränität konkret

Am Samstag, 30. September 2017 haben sich rund 20 Personen aus der Deutschschweiz und der Romandie in Bern getroffen, im symbolträchtigen Gebäude «Warmbächli», mit dem Ziel, die Abstimmungskampagne zu organisieren und zu planen.



Die Tagung wurde vom Vorstand der Allianz für Ernährungssouveränität organisiert. Dank dem Enthusiasmus und der Kreativität der Anwesenden konnten verschiedene Punkte unter zahlreichen Gesichtspunkten bearbeitet werden.

Allianzen und Synergien

Ob Links, Mitte, Rechts oder apolitisch, jede Ausrichtung findet Gemeinsamkeiten

mit der Initiative für Ernährungssouveränität. Für die Einen ist die Regionalität ausschlaggebend, die Anderen wollen eine vielfältige, bäuerliche, ökologische und nahrhafte Landwirtschaft verteidigen, für Viele ist der faire Handel im In- und Ausland dringend notwendig und wie-

der Andere sehen das grösste Problem bei den Pestiziden und der Gentechnik in unseren Feldern.

Damit wir wieder selber bestimmen können, was wir essen, werden wir mit verbindenden Aktionen Brücken bauen, gemeinsam mit kulturellen, sportlichen, sozialen, kooperativen, gewerkschaftlichen und politischen Vereinen aus allen Lagern.

Strategien zur Mobilisierung

Damit wir dieses schöne Projekt zum Erfolg führen können, das doch alle Menschen und alle Bevölkerungsschichten betrifft (wir essen alle mehrmals am Tag), wird unsere Bewegung junge (Studierende, Lernende und Arbeitende) und ältere Erwachsene, Pensionierte, Hausfrauen und -männer, Angestellte und Chefs, kurz, Konsumentinnen und Konsumenten der Schweiz ins Boot holen.

Die Initiative wird bereits heute von über 70 Organisationen unterstützt, namentlich Slow Food, Vision 2035, Permakultur Schweiz, Longo Maï, usw. Unter den politischen Parteien sind die Grünen (GE), Solidarités (GE, VD, NE), die JUSO (national), Bürgerlich Demokratische Partei (LU), Alternative Liste Winterthur, Grüne Alternative usw. Dazu kommen zahlreiche Einzelpersonen.

Gemeinsam sind wir stärker, deshalb wollen wir unseren Bäuerinnen und Bauern helfen, aus dem agroindustriellen

Paradigma auszusteigen, wir wollen ihre Arbeit wertschätzen, lokale und saisonale Produkte fördern, den Schutz der Biodiversität gewährleisten und Arbeitsstellen schaffen. Wenn wir Druck machen, können wir unserer Regierung helfen, eine nachhaltige, vielfältige und ernährende Landwirtschaftspolitik zu entwickeln.

Veranstaltungen und Aktionen

Ernährungssouveränität kann im Alltag gelebt werden, es gibt viele Möglichkeiten, sich einzubringen. Es ist einfach, unserer Bewegung beizutreten und an verschiedensten Projekten teilzunehmen.

Macht mit! Wir arbeiten weiter, mit Freude und Respekt, um unser gemeinsames Ziel zu erreichen.

Magdalena Ybarguen

NATIONAL

Milch- und Getreidebranche – Welche Regulierung nach dem «Schoggigesetz»?

Ab Ende 2018 werden die 95 Millionen, welche der Bund heute als Gegenleistung für die Verarbeitung von 50'000 t Schweizer Weizen und 210'280 t Milch an die Nahrungsmittelindustrie zahlt, nicht mehr unter dem Schoggigesetz ausgeteilt werden.

Dies ist eine Folge der WTO-Verträge, welche die Schweiz im Jahre 2015 in Nairobi unterzeichnet hat. Von diesem Geld haben zu fast 75 % die vier Unternehmen, Nestlé, Mondelez, Hochdorf und Lindt & Sprüngli (70 Mio.) profitiert

Dabei sei erwähnt, dass die zwei ersten multinationalen Unternehmen Profite in Milliardenhöhe schreiben... Suchen sie den Fehler.

Diese Mengen betreffen 6 % der Milch und 11 % der Weizenproduktion der Schweiz. Dabei haben wir in der Schweiz immer noch eine Milchproduktion, welche zu 15 % überschüssig ist. Die inländische Brotweizenproduktion deckt hingegen ungefähr 85 % des inländischen Bedarfs.

Absurderweise importiert jetzt die Schweiz aber 100'000 t Brotgetreide und circa 130'000 t verarbeitete, industrielle Bäckereiprodukte. Diese zollfreien Importe wurden durch die Annahme des Cassis-de-Dijon-Prinzipes möglich. Sowohl der Brot-, Futtergetreide- und Milchpreis sind indirekt an die europäischen Preise gebunden, wobei ein «Swissness»- Bonus von ungefähr 15 Rp. angerechnet wird. (Schwellenpreise für Getreide, Richtpreis für Milch). Alle diese Preise erlauben keine faire Entlohnung der bäuerlichen Arbeit. Die Futtergetreideimporte steigen,

allein an Soja werden gegen 285'000 t importiert. Das stellt für die nachhaltige Landesversorgung eine grosse Bedrohung dar. Jetzt werden dabei dieses Jahr fast 100'000 t Brotweizen zu Futtergetreide deklassiert, was natürlich wiederum einen zusätzlichen Preisdruck auslöst. Dabei wäre die Lösung wie in der Milchproduktion einfach, es braucht nämlich nur Kaufverträge, welche eine Menge, einen Preis, eine Qualität und den Kalender zu den Anzahlungsmodalitäten festlegen.

Im Moment wird im Schweizer Parlament hart um diese Exportstützung gekämpft. Das Parlament will den Produzenten 56 Millionen als Prämie auszahlen (Fr. 120.-/ha) welche jedoch zugunsten der Verarbeiter wieder abgezogen wird... Das «Schoggigesetz» hatte ja das Ziel den «Rohstoffpreis» für die exportierenden Verarbeiter auf europäisches Niveau zu senken. Falls diese Unterstützung hinfällt, zählt die Industrie und die Verwaltung darauf, zollfreie Importe mittels des aktiven Veredelungsverkehrs zu erleichtern. Dabei stützen sie sich auf den gleichnamigen Artikel 12 des Zollgesetzes, welcher zur Verarbeitung den zollfreien Import eines Produktes welches für den Export bestimmt ist, erlaubt. Dabei wird jedoch in der Präambel ausdrücklich festgehalten, dass derartige Importe verboten werden

können, wenn überwiegendes öffentliches Interesse auf dem Spiel steht. Es ist klar, dass solche Importe die ganze lokale, regionale und einheimische Produktions- und Verarbeitungskette bedrohen. Die Nahrungsmittelindustrie macht aktiv Druck auf die Verwaltung und den Bundesrat gegen die Zollregulierung. Wir brauchen natürlich eine Nahrungsmittelindustrie, welche sich an der Versorgung der Bevölkerung mit verarbeiteten Produkten beteiligt. Dieser Sektor steht selbst auch unter massivem Druck zur Konzentration.

Die Konzentration hat viele negative Auswirkungen; sie geht auf Kosten der Lokalökonomie und der Arbeitsplätze, sie standardisiert unsere Ernährung, verschärft das Machtgefälle auf dem Markt und drückt auf die Produktionspreise. Die handwerkliche Verarbeitung hat es nicht besser als die bäuerliche Landwirtschaft. Ganz im Gegenteil ist die Zerstörung schon weiter fortgeschritten. Es gibt aber in einigen Region Pionierprojekte, welche die Produktions- Verarbeitungs- und Verteilungskreisläufe relokalisieren und dabei auf allen Stufen Mehrwert erwirtschaften. (Genf, Tourne-Rêve-Brot und kantonale GRTA-Marke).

In dieser Lage gibt es für die bäuerlichen Organisationen vier wichtige Ansätze,

welche in Politik und Markt verteidigt werden müssen:

- Preise, welche Produktionskosten decken und eine faire Entlohnung der bäuerlichen Arbeit erlauben
- Vorrang für die Versorgung des einheimischen Marktes, um die einheimische Futtergetreideproduktion aufzuwerten. Einen flexiblen Grenzschutz verteidigen, welcher inländischer Produktion und Verarbeitung Vorrang gibt. Lenkungsabgabe auf Handelsfuttergetreide, um die Produktion zu stützen. Zollbelastung der importierten Bäckereiprodukte
- Lokale und regionale Verarbeitungsstrukturen, welche Kreislaufwirtschaft fördern und Transparenz garantieren, unterstützen (Marken, Zugang zu Kredit, Werbemassnahmen)
- Produkte exportieren, welche Märkte durch ihre Qualität eröffnen statt durch Angleichung an Tiefpreise einer agroindustriellen Produktion

Alle diese Punkte werden in der Volksinitiative für Ernährungssouveränität aufgegriffen. Es ist höchste Zeit den Bundesrat endlich zu verpflichten, schon bestehende Gesetze umzusetzen und die bäuerliche Landwirtschaft zu verteidigen und weiter zu entwickeln.

Rudi Berli

SEKTIONEN

Hauptsache Raclette

Am 23. und 24. September fand dieses Jahr auf dem Hof Spitzenbühl in Liesberg im Rahmen der Baselbieter Genusswochen bereits das zweite Käsefest statt.



Am Sonntag kam an den drei Raclette-Öfen zeitweise Hektik auf.

Es war ein herrliches Herbstwochenende, das am Samstag wohl dazu führte, dass viele den Tag im Garten verbrachten. Wohl deshalb blieb es am Samstag eher ruhig. Aber am Sonntag ging es richtig los. Die Raclette-Öfen kamen nicht zur Ruhe. Auch wenn deshalb einzelne mehr als

Butterberg umgegangen werden, oder die Pestizid-Versuchsanordnung vermittelte ein Gefühl, wie weh Streuverluste tun. In der Käseerei konnte dem Gastkäser – der Spitzenbühler Bauer Florian Buchwalder musste sich um das Wohl der Gäste kümmern – bei der Arbeit zugeschaut

eine Stunde auf ihren Teller warten musste, blieb die Stimmung gut, nicht nur, weil es sich lohnte, auf dieses Stück veredelte Spitzenbühler Rohmilch zu warten, sondern auch, weil verschiedenen Angebote die Wartezeit verkürzten. Am Stand von Uniterre beispielsweise konnte spielerisch mit dem

werden. Kinder fanden mannigfache Möglichkeiten zu Spiel und Spass, Favorit war das Ponyreiten.

Zuletzt hatten fast 100 kg Käse auf dem einen oder anderen Weg zu Geniessern gefunden. Im Gegensatz zum Vorjahr darf sich die Genossenschaft Bergkäserei Spitzenbühl über einen bescheidenen Gewinn freuen. Der grösste Gewinn aber ist der, dass viele Gäste den Hof und seine Produkte kennen und schätzen gelernt haben und einige von ihnen vielleicht ein Abonnement lösen werden. Dazu die Erkenntnis: Nächstes Mal muss mindestens ein Raclette-Ofen mehr eingesetzt werden!

Christof Schöntal, Vorstandsmitglied Hofkäserei Spitzenbühl

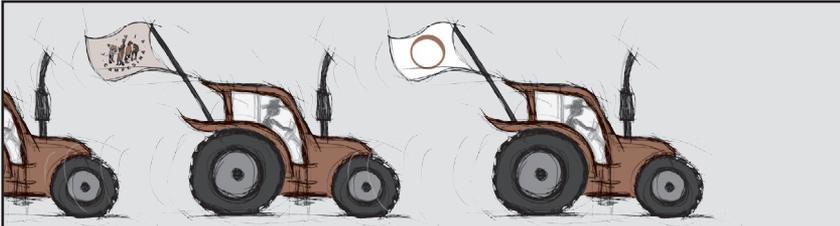
Aargau

Willkommen in der Zukunft der Schweizer Landwirtschaft.



Unter diesem Motto lud die Uniterre-Sektion Aargau sowie die Familie Hümbelin in Rohr b. Olten am 11. November 2017 auf einen Hofrundgang ein. Seit 36 Jahren bewirtschaften Martin und Dagmar Hümbelin den Demeter-Betrieb. Die Milch ihrer Braunviehkühe verarbeiten sie zu Quark, Käse und vielen anderen Milchprodukten. Rund 20 Interessierte nahmen daran teil und erlebten wie eine hofeigene Verarbeitung und Direktvermarktung die Wertschöpfung wesentlich steigern und die Abhängigkeit vom Grosshandel verringern.

Georg Dällenbach



WIR SIND JUNG UND AKTIV! Aufruf zum 1. Solidaritätstreffen

Bist Jungbäuerin oder Jungbauer, oder einfach interessiert an Fragen rund um die Landwirtschaft und Ernährung?

Dann lasst uns gemeinsam **Träume** wahrwerden... von **Alternativen** zur industriellen Landwirtschaft! von einer Welt, in der die Bäuerinnen und Bauern immer zahlreicher werden, um selbstbewusst die Versorgung der Bevölkerung mit Hilfe von **solidarischen Netzwerken** zu organisieren!

Initiativen erfolgreich umsetzen, bekannt werden und durch **Austausch des Wissen** weitergegeben. Dass der Zusammenhalt uns **Stärke** gibt, wir uns verbünden, damit wir wahrgenommen werden?

Uniterre macht folgenden Vorschlag: -> **Gründung von neuen Gruppen**

Themen -> **Alles was euch am Herzen liegt! Hofübergabe, Saatgut, Gemeingüter etc.**

Treffen -> **Die Beteiligten organisieren sich später, so wie es ihnen passt**

Rolle von Uniterre -> z.B. **Vermittlerin, Sichtbarkeit, Begleitung, Kontakte, Vernetzung**

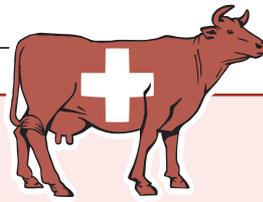
Das 1. Treffen der Jungen

Donnerstag, den 18. Januar 2018, Büro von Uniterre, av. du Grammont 9, Lausanne.

«Suchen wir das, was uns vereint! Organisieren wir den Raum für das Gemeinsame - das stärkt unseren Kampf.»
Auszug aus der politischen Erklärung des internationalen Treffens der *Jeunesse en lutte - femmes de Kobane*



Kontakt: Berthe Darras – b.darras@uniterre.ch – 079 904 63 74



MILCHPETITION

(siehe auf Seite 4.)

Donnerstag, 23. November, ab 10:00

Mobilisationstag

gefolgt von einer «hausgemachten» **Nachspeise...**
Bern, Treffpunkt Waisenhausplatz

Samstag, 2. Dezember

Tag der «Ausstattung» mit den Aufklebern

an einem Verkaufspunkt in eurem Kanton...

Oder klebt die **Aufkleber**

auf **Milchtüten** bei nächster Gelegenheit bei einem Einkauf...

Samstag, 9. Dezember,

Standaktionen Milchpetition

Unterschriften Sammlung

in jedem Kanton...
wenn möglich kombiniert mit Direktverkauf von Milch

Stand machen, Petitionsbögen oder Aufkleber bestellen, usw.:

Berthe Darras 079 90463 74
b.darras@uniterre.ch

**KOMMT!
WIR BRAUCHEN VIELE LEUTE!**

AGENDA

Dienstag, 28. November, 18:00

Landraub

PROGR, Raum 369 (3. Stock),
Speichergasse 4, Bern



Samstag, 9. Dezember, 14:00

Bäuerliche Mobilisierung zur WTO-Demonstration

**NEIN ZUR WTO
JA ZUR ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT**

place Neuve, Genf

Dienstag, 12. Dezember, 19:30

Treffen Sektion Aargau

Restaurant Traube, Küttigen

Mittwoch, 10. Januar, 19:30

Deutschschweizer Uniterre-Treffen

Bioland Olten, Tannwaldstrasse 44

Mittwoch, 31. Januar, 19:30

Regiotreffen Initiative für Ernährungssouveränität

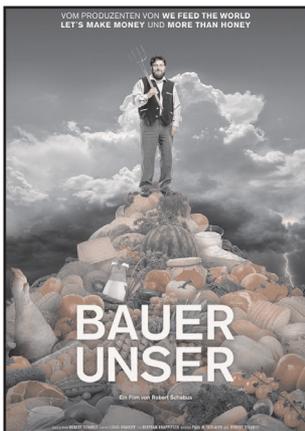
Migros Restaurant Terrasse
(1. Stock Rosenbergsaal) im
Bahnhofgebäude, St. Gallen

Alle Informationen auf unserer Website:

**www.uniterre.ch/
de/agenda**

SEKTIONEN

«Bauer Unser»



Am 11. Oktober beteiligte sich Uniterre auch an der Vorführung des Dokumentarfilmes «Bauer unser» vom Regisseur Robert Schabus im Kino Odeon in Brugg. Auf dem hochkarätig besetzten Podium wurde über die Situation der Schweizer Landwirtschaft und «unsere» Bauern diskutiert. Der Anlass war ein durchschlagender Erfolg, der Kinosaal war bis auf den letzten Platz besetzt, an der Abendkasse

waren keine Tickets mehr erhältlich!

Wir knüpfen nun an den Erfolg an und wollen ähnliche Film-Soirées wie in Brugg auch in andern Städten durchführen.

Wie suchen dafür begeisterte Mitorganisatorinnen.
Kontakt: **Georg Dällenbach aargau@uniterre.ch**

Polenta-Ernte

Gemeinschaftliche Polenta-Ernte auf dem Hübeli in Kallnach.



Am 21.10.17 fanden sich bei schönem Wetter und milden Temperaturen rund 30 Personen in Kallnach ein, um Leandra und Urs vom Hof Hübeli bei der händischen Ernte ihrer Polenta-Maispflanzen zu helfen. Die Stimmung war gut: Kinder und Erwachsene pflückten die weisslichen ostschweizer und bunten amerikanischen Maiskolben von den Stängeln. Wer Abwechslung brauchte, fütterte die Gnadenhof-Kühe. Nach einer Zwischenverpflegung – Suppe mit hofeigenen Linsen und Süsmost – wurden die Polentakolben schliesslich noch mit Hilfe eines 60-jährigen Mähdreschers entkörnt.

www.huebeli-kallnach.ch

KONTAKTE SEKTIONEN

Zürich: **Samuel Spahn**
spahn.s@bluewin.ch 076 512 75 55

BS/BL: **Florian Buchwalder**
flobass@gmx.ch 079 470 70 48

Bern: **Berthe Darras**
bern@uniterre.ch 078 209 28 83

Aargau: **Georg Dällenbach**
aargau@uniterre.ch 078 645 15 59

Deutschschweiz: **Mathias Stalder**
m.stalder@uniterre.ch 079 409 72 06